



Ortsbürgermeister  
Jürgen Hook  
Konrad-Adenauer-Platz 6  
67373 Dudenhofen

Fraktion im Ortsgemeinderat Dudenhofen  
Felix Goldinger  
stellv. Fraktionsvorsitzender  
Kalmitstraße 13  
67373 Dudenhofen

11.06.2021

## Antrag an den Umwelt- und Hauptausschuss (Änderung zum Antrag vom 22.04.21) Klimaneutrale Kommunalverwaltung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hook,  
die Fraktion Bündnis90/Die Grünen beantragt, die Einführung der Prüfung der Klimarelevanz von  
Beschlussvorlagen und die Klimaneutralität der Verwaltung bis zum Jahr 2030.

### ANTRAG

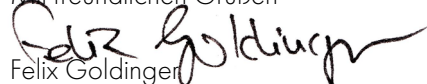
1. Künftig werden auf allen Beschlussvorlagen die Auswirkungen auf den Klimaschutz mit positiv, negativ oder neutral angegeben. Bei negativer Prognose sind Alternativen zu prüfen und anzubieten. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie sie diesen Anforderungen gerecht werden kann.
2. Die Ortsgemeinde Dudenhofen setzt sich das Ziel, für ihre Verwaltung bis zum Jahr 2030 Klimaneutralität zu erreichen und verpflichtet sich für die Verwaltung, alle Liegenschaften und alle anderen Bereiche wie Fuhrpark, IT, Beschaffung, Dienst- und Geschäftsreisen, vorbildhaft auf dieses Ziel auszurichten. Zur Erreichung dieses Ziels ist ein Umsetzungskonzept für die Jahre 2021 bis 2030 inklusive eines entsprechenden Monitorings zu erstellen. Zur Finanzierung ist ggf. ein Nachtragshaushalt 2020 ff. zu verabschieden. Die Verwaltung wird beauftragt, die nötigen Schritte einzuleiten.

### BEGRÜNDUNG:

Der Ortsgemeinderat Dudenhofen hat sich verpflichtet, die Klimaauswirkungen aller zukünftigen Entscheidungen zu berücksichtigen und Lösungen und Aktionen zu bevorzugen, die positive Auswirkungen für Klima, Umwelt und biologische Vielfalt haben. Die Prüfung und Bewertung der Klimarelevanz von Beschlussvorlagen ist ein wichtiger Beitrag um dieses Ziel zu erreichen. Nicht alle Beschlussvorlagen werden eine Klimarelevanz haben. Für die Prüfung ist deshalb ein verwaltungsinterner Prozess erforderlich, indem die fachkundige Einschätzung zur Klimarelevanz der Maßnahme und eine CO-Berechnungen für Einzelmaßnahmen durchgeführt wird. Durch die Prüfung wird es den Ratsmitgliedern erleichtert, die Klimarelevanz ihrer Entscheidungen angemessen zu berücksichtigen. Die Angabe von klimafreundlichen Umsetzungsalternativen erleichtert zudem die Diskussionen in den Gremien.

Die Vermeidung von Co<sub>2</sub>- als wesentlicher Bestandteil des Klimaschutzes muss gesamtheitlich gedacht werden. Den Kommunen kommt dabei, als Teil der öffentlichen Hand, eine zentrale Rolle und Vorbildfunktion gegenüber den Bürger:innen zu. Eine Kommune gilt dann als klimaneutral, wenn ihre Bewohner:innen ein sog. „klimaverträgliches Maß“ an Treibhausgasen verursachen. Das sind aktuell jährlich weniger als zwei Tonnen CO<sub>2</sub> pro Einwohner:in (heutiger Bundesdurchschnitt: 11 Tonnen). Mit der Zielsetzung, bis 2030 Klimaneutralität im Bereich der Verwaltung herzustellen, gehen wir dabei einen wichtigen Schritt.

Mit freundlichen Grüßen

  
Felix Goldinger